Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich Trägerlohn; durch die Post bezogen bei Selbstabholung vierteljährlich Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig. Erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Telegramm-Adresse: „Volksstimme, Frankfurtmain".
Telephon-Anschluß: Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die 6gespalt. Petitzeile kostet 15 Pfg., bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Inserate für die fällige Nummer müssen bis abends 8 Uhr in der Expedition Wiesbaden aufgegeben sein. Schluß der Inseratenannahme in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postscheckkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H. Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme" adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard Wittrisch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer, beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wellritzstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 2715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. — Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 47 — Freitag den 25. Februar 1916 — 27. Jahrgang

Ein englisches Ultimatum.

Die Schlacht bei Verdun. — Deutsche Seemannsstückchen.

Englische „Friedensbedingungen".

Die telegraphischen Berichte über die „Friedens"-Rede des englischen Premierministers vorgestern im Unterhaus lassen nicht ganz genau erkennen, ob Asquith die Dezemberrede des deutschen Reichskanzlers eine „schamlose Kühnheit" oder eine „riesenhafte Unverschämtheit" nannte. Jedenfalls überbot sich der britische Ministerpräsident in den stärksten Schmähungen der deutschen Reichsregierung, er suchte sie geradezu. Er wußte auch, daß er nicht allein den Reichskanzler mit solchen Beschimpfungen verletzte, sondern deutsche Volkskreise weit darüber hinaus. Gewiß sind auch deutsche Minister nicht wählerisch im Ausdruck gewesen, wenn sie im Reichstag auf englische Skrupellosigkeiten zu sprechen kamen. Aber zu Schimpfereien à la Asquith ist doch noch kein deutscher Staatsmann heruntergestiegen. Woher die Maßlosigkeit auf englischer Seite?

Man wird in England allmählich nervös. Daß aus der englischen Demokratie heraus immer wieder Anregungen zu Friedensverhandlungen kommen, und noch dazu so verständige, wie die des Arbeitervertreters Snowden, und daß sie immer wieder im Parlament laut werden, das paßt der kleinen herrschenden Klique gar nicht, die Großbritannien in den Krieg führte. Und zwar fällt den englischen Staatsmännern eines besonders auf die Nerven: daß dabei immer auf die Friedensliebe und die Friedenswünsche Deutschlands hingewiesen werden kann. Diese Tatsache kann nicht geleugnet werden. Sie mußte sogar ausdrücklich von dem englischen Premierminister zugestanden werden. Und wir betrachten es als einen sehr erheblichen moralischen Erfolg Deutschlands, daß jetzt endlich, mehr als zwei Monate nach der Dezembersitzung des Deutschen Reichstags, in der Bethmann auf die Friedensanfrage Scheidemanns antwortete, vom Regierungstisch im englischen Parlament auf diese deutsche Kundgebung eingegangen werden muß. Asquith war genötigt, festzustellen, daß von allen kriegführenden Teilen die deutsche Nation zuerst den Kulturwunsch eines absehbaren Kriegsabschlusses zum Ausdruck gebracht habe. Er mußte zugeben, was noch manche Leute in Deutschland zu bestreiten suchen, daß sich der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung „durchaus bereit erklärte, Schritte der Annäherung, die von der anderen Seite getan würden, in Erwägung zu ziehen". Damit wird von einer der ganzen Welt sichtbaren Stelle zugestanden, daß Deutschland nicht den Krieg um des Krieges willen führt, nicht aus militärischem Hochmut und unersättlicher Kampfgier, wie die Redensarten in der Presse der Entente zu lauten pflegen. Die Feststellung Asquiths, zu der ihn ein englischer Arbeitervertreter endlich zwang, steht vielmehr in unversöhnlichem Gegensatz zu den französischen und englischen Hetztiraden, mit denen dort das Volk täglich gefüttert und aufgereizt wird, und wir können diesen Gegensatz und den moralischen Gewinn, der für Deutschland darin liegt, gar nicht genug unterstreichen.

Aber eben weil auch Asquith weiß, daß die durch die Arbeiterinterpellation im englischen Parlament erzielte Feststellung ein Bruch mit den bisher üblichen Verleumdungen Deutschlands ist, mußte die Wirkung sobald als möglich ausgeglichen werden durch neue Vorwürfe. Daher die Heftigkeit der Sprache, deren sich der englische Minister befleißigte, und daher die Wendungen, die er im zweiten Teil seiner Rede machte.

Weil der deutsche Reichskanzler nicht erklärt habe, die ersten Schritte zu Friedensverhandlungen tun zu wollen, so seien seine Friedensbereitschaftserklärungen „scheinheilig" und „pantastisch". Das ist ein grober und unehrlicher Tadel zugleich. Denn wenn auf englischer Seite ebenso ernste und ehrliche Friedensabsichten vorhanden wären, wie auf deutscher Seite, so fände sich der Weg, auf dem man sich begegnen könnte, allemal. Da Deutschland ohne Furcht vor dem Vorwurf der Schwäche, den man ihm seitens seiner Gegner macht, die Initkative zu einer Erklärung über seine Friedensgeneigtheit ergriff, so könnte jeder Gegner folgen, ohne daß abgezirkelt zu werden brauchte, wer die ersten Schritte tun soll. Da gibt es soviel Mittel und Wege über neutrale Staaten, daß niemand, der ernstlich will, in Verlegenheit zu sein brauchte. Aber England will ja gar nicht! Asquith ging am Schluß seiner Rede über die Verunglimpfung und die Abwehr der deutschen Friedensneigungen hinaus und ging offen dazu über, jederlei Verhandlungen als überflüssig zu erklären, wenn Deutschland nicht vorher das Ultimatum erfüllt, das ihm England stellt. Das Ultimatum lautet: Herstellung Belgiens und Serbiens wie vor dem Krieg, Entschädigung der beiden Staaten über ihren Kriegsverlust hinaus, „vollkommener Schutz" Frankreichs gegen jeden Angriff, also wohl Vergrößerung desselben bis an den Rhein, sowie „vollständige und endgültige Vernichtung der militärischen Oberherrschaft Preußens". Das und nicht weniger ist die Antwort Englands auf die deutsche Friedensgeneigtheit nach 1½ Jahren zerrüttenden Weltkrieges! Kann da Deutschland überhaupt antworten? Es könnte sich vielleicht an den Friedenskonferenztisch setzen, wenn die Verminderung der militärischen Machtmittel nicht bloß Deutschlands, sondern auch der anderen Staaten beraten werden sollte. Es könnte verhandeln über Belgien, Serbien und Polen, wenn auch Deutschlands Sicherung gegen die Treibereien dieser Länder zur Diskussion gestellt wird. Auch der Reichskanzler hat von „Faustpfändern" gesprochen. Das sind Gegenstände zum Austausch. Eine Einigung mit Frankreich, die den europäischen Frieden und Wirtschaftsverkehr beförderte, wäre Deutschland wahrscheinlich hochwillkommen. Sie scheitert aber natürlich an französisch-englischen Annexionsgelüsten. Kurz — Deutschland kann sich nicht Verstümmelung und Schwäche von vornherein diktieren lassen. Wer mit ihm verhandeln will, muß sich mit der Absicht an den Konferenztisch setzen, Deutschland die politische und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit zuzugestehen, die wir England und Frankreich zugestehen. Anders geht es nicht.

Deshalb schrecken uns auch englische Drohungen nicht. Wenn fortgekämpft werden muß um unsere Zukunft und Selbständigkeit, dann wird der letzte Mann und schließlich auch die letzte Frau in Deutschland ihre Schuldigkeit tun, bis zum bitteren Schluß. Q.

Snowdens Friedensrede.

Rotterdam, 24. Febr. Die „Times" sagt über Snowdens Rede: Snowden ließ in seiner Rede von vornherein die Frage, wer die Schuld am Kriege habe, beiseite und sagte, daß die Geschichte darüber entscheiden werde. Er berief sich auf die Worte Bonar Laws, der erklärte, daß alle Parteien einen ehrenvollen und dauernden Frieden mit beiden Händen annehmen würden, und auf Asquith, der sich im Dezember bereit erklärte, Friedensvorschläge durch Vermittlung Neutraler oder irgend einer anderen verantwortlichen Zwischenstelle entgegenzunehmen. Snowden sagte ferner, daß das begangene Unrecht wieder gutgemacht werden und eine Garantie gegen dessen Wiederholung geschaffen werden müsse. Er wandte sich energisch gegen die Absicht, Deutschland zu zerschmettern. Ein Frieden, der von neuen Ungerechtigkeiten und unbefriedigenden Aspirationen begleitet werde, der den Bestand der kleinen Nationen nicht sichert und weitere Kriegsrüstungen nötig machen würde, wäre seiner Meinung nach nicht von Dauer. Er legte deshalb starken Nachdruck auf das, was er eine schreckliche Bestätigung der Prophezeiung des russischen Diplomaten Bloch über das militärische „schachmatt" nannte. Ein entscheidender Schlag sei nicht möglich. Der Krieg habe auch keine Lösung der europäischen Frage eröffnet. Der Redner fuhr fort: Ihr wollt noch ein Kriegsjahr; fügt zu der ersten Million Verluste eine zweite Million, zu der Nationalschuld noch 2000 Millionen Pfund. Ihr hofft auf den Sieg durch Erschöpfung. Was soll dann aus den Alliierten werden? Snowden erinnerte ferner an die französischen Abgeordneten auf der Konferenz in Bristol, in der von Frankreich von 800 000 Toten, 1 400 000 Verwundeten und 300 000 Gefangenen gesprochen wurde. Er sagte, dies sei ein frevelhafter Selbstbetrug, sich zu ermutigen. Achtzehn Monate seien sich die Armeen gegenüber gelegen; nur einige Meter Grund seien gewonnen oder verloren. Solche Heere seien unbesiegt und unbesiegbar. Wo könne man da die Hoffnung auf Frieden finden? Die lächerliche Vorstellung von der Verteilung der deutschen Flotte unter den Alliierten, von der Zerstückelung Deutschlands, der Veräußerung der deutschen Handelsflotte usw. sei reiner Unsinn. Eine bedingungslose Unterwerfung wäre die schlechteste Vorbereitung auf den Frieden. Wenn Deutschland zerschmettert wäre, würde auch der Zusammenhang der Bündnisse gegen Deutschland zu Ende sein und dann wäre ein neuer großer Krieg nur eine Frage der Zeit.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 24. Febr. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Erfolg östlich der Maas wurde weiter ausgebaut. Die Orte Brabant, Haumont und Samogneux sind genommen. Das gesamte Waldgebiet nordwestlich, nördlich und nordöstlich von Beaumont, sowie das Herbebois sind in unserer Hand.

Südlich von Metz wurde ein vorgeschobener französischer Posten überrascht und in einer Stärke von über 50 Mann gefangen abgeführt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teil der Front lebhaftere Artilleriekämpfe. An zahlreichen Stellen Patrouillengefechte. Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 24. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart: 24. Februar 1916.

Russischer und italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen in Albanien haben gestern die Italiener und ihren Bundesgenossen Essad bei Durazzo geschlagen. Am Vormittag bemächtigten sich unsere Bataillone, während kleinere Abteilungen den unteren Arzen übersetzten, der letzten feindlichen Vorpositionen östlich von Bazar-Sjak. Am Mittag wurde die italienische Brigade Savona auch aus der stark ausgebauten Hauptstellung östlich des eben genannten Ortes geworfen.

Gleichzeitig erstürmte eine andere Kolonne die 10 Kilometer südöstlich von Durazzo angelegten Verschanzungen von Sasso-Bianco. Der Feind verließ seine Gräben zum Teil fluchtartig und wich hinter den inneren Verteidigungsring.

Er wird verfolgt.

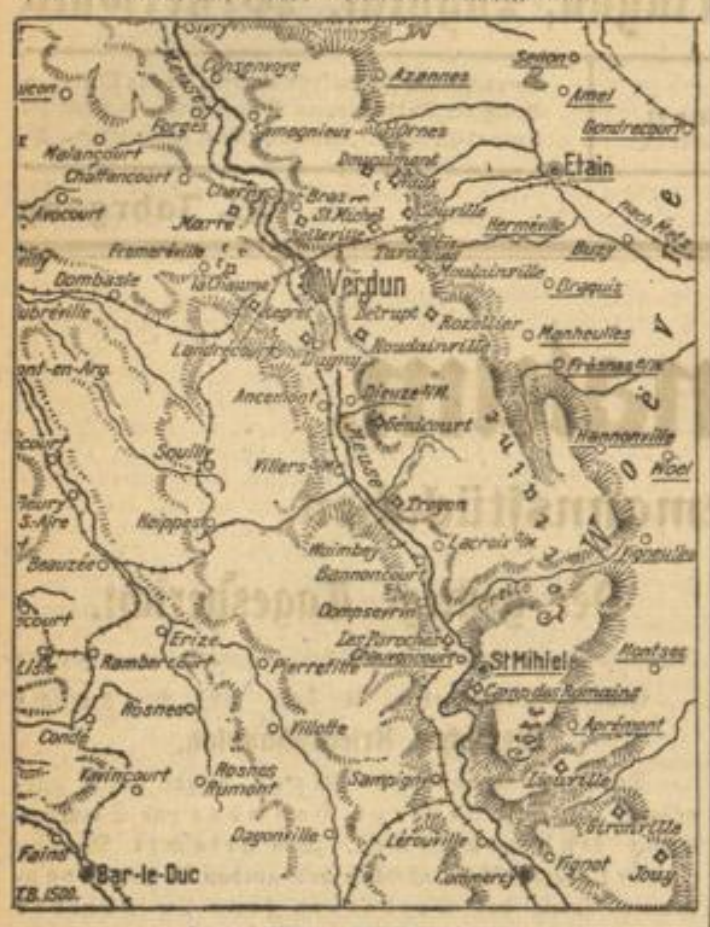
Der Stellvertreter des Chefs der Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die Schlacht bei Verdun.

Der gestrige deutsche Tagesbericht stellt in nüchterner und knapper Sprache nur fest, daß unser Erfolg östlich der Maas bei Verdun „weiter ausgebaut" wurde, und zwar dadurch, daß drei Orte und das Waldgebiet der gestürmten Maasberge in unserer Hand sind. Redseliger ist der gestrige französische Bericht, den unsere Leser aus der gestrigen Nummer kennen. Auch die gegnerische Darstellung zeigt, daß der Erfolg im Ganzen auf unserer Seite war. Sie erlaubt außerdem, den Umfang des Vorstoßes auf der umstehenden Karte genauer zu verfolgen. Man sieht, daß es sich von Malancourt bis Azannes im Norden von Verdun tatsächlich um einen konzentrischen Angriff auf die französischen Vorstellungen um Verdun handelt, der in breitem Bogen auf 40 Kilometer Ausdehnung ausgeführt wurde und trotz ungeheurer Schwierigkeiten einen Geländegewinn brachte, der demjenigen bei der Herbstoffensive der Franzosen in der Champagne nicht viel nachsteht. Wenn erst nähere Nachrichten vorliegen, werden wir wieder von Wundern der Tapferkeit und des Todesmutes hören, die unsere Truppen gegen ganz ausgezeichnet befestigte und gehaltene Stellungen der Gegner

verrichteten. Der Kriegsberichterstatter der „Frankf. Ztg." meldet aus dem Großen Hauptquartier, daß die Franzosen alle Kunst aufgeboten hatten, das an und für sich unwegsame Gelände durch Altverhaue und dichten Stacheldraht, durch Sperrung auch der wenigen Straßen uneinnehmbar zu machen. Dieses Dickicht hinderte unsere Truppen nicht, bis auf drei Kilometer tief einzudringen. Aber es gereichte den Franzosen zum Verderben. Sie konnten, als ihre erste sehr starke Stellung genommen war, und die wenigen Zugangswege unter unserem Sperrfeuer lagen, nicht schnell genug aus ihren Reservestellungen heraus. Nach dem unerwartet raschen Verlust der vordersten Stellung hatten sie zum Teil den Kopf verloren.

Das nächstgelegene Sperrfort von Verdun, Douaumont, ist uns nun bis auf 6 oder 7 Kilometer nahegerückt.



Französische Preßstimmen.

Die vernünftigste unter den der Lage vor Verdun gewidmeten fachkritischen Pariser Pressestimmen ist die des Oberstleutnants Rousset im „Petit Parisien". Rousset gibt dem Wunsche Ausdruck, daß man der Bevölkerung die Hauptsache nicht verschweigen möge, und sagt, daß es sich um eine umfangreiche bedeutende Schlacht handle. Die von den Deutschen bisher erzielten Erfolge dürften nicht in Erstaunen setzen. Die erste Verteidigungslinie könne dem Angreifer, der seine Offensive durch mächtiges Artilleriefeuer vorbereitete, nie widerstehen. Einige leichte Schlappen würden keinen Anlaß zur Beunruhigung geben. Oberstleutnant Pris fragt im „Radical", ob die hintereinander liegenden französischen Schützengräben stark genug seien, um einem zweiten deutschen Ansturm standzuhalten, nachdem die erste feindliche Woge die vorderste Linie der Verteidigung überschwemmt habe. Er fordert schleunige Herstellung weiterer Feldbefestigungen.

Russische Großsprechereien.

Zur Eröffnung der russischen Duma hat eine ganze Garnitur von Ministern gesprochen, am herausforderndsten aber der Minister des Aeußeren, Herr Sasonow. Freilich stand die innerliche Wahrhaftigkeit der Rede in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Länge und ihrer Heftigkeit.

Unser russischer Gegner datierte die Geschichte dieses schrecklichen Krieges kurzer Hand von der Besetzung Belgiens durch Deutschland und nicht etwa von den russisch-serbischen Treibereien gegen Oesterreich und der Mobilisierung der russischen Truppen im Juli 1914. Wer so gröblich die geschichtliche Wahrheit auf den Kopf stellt und so gedankenlos Agitationshefte der Engländer und Franzosen ablieft, sollte eigentlich aus der Diskussion ausscheiden. Da Sasonow aber noch russischer Minister des Auswärtigen ist, muß man ihm antworten. Tun wir es, indem wir folgende Stelle aus dem Artikel eines Russen in Erinnerung bringen, der im 8. Heft der Züricher „Internationalen Rundschau", also von einer gewiß zur gleichmäßig sachlichen Beurteilung geneigten Stelle veröffentlicht wurde. Dort heißt es:

„So darf man, wenn man die Dinge objektiv betrachtet, ruhig zugeben, daß sich die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland schon vor dem Kriege außerordentlich zugespitzt haben und daß ein großer Teil der Schuld dafür den russischen Imperialisten und Schutzzöllern zufällt. Ohne also auf die Frage einzugehen, ob Rußland schon 1914 oder erst 1916 den Krieg wünschte, ist es durchaus nicht zu bestreiten, daß man sich in Rußland für eine solche Auseinandersetzung mit den Zentralmächten vorbereitet und die Dinge in verbrecherischer Weise auf die Spitze getrieben hatte."

Deshalb steht es dem Petersburger Regierungsmann so gut an, Deutschland und Oesterreich aller möglichen neuen Schandtaten zu beschuldigen, bereits von einer vollzogenen „Teilung Polens" und einer sagenhaften Aushebung polnischer Landeskinder für das deutsche Heer zu zetern und das „Kalifat von Berlin" zu verspotten, das von der Nordsee bis nach Kleinasien reichen solle und doch von vornherein zum Untergang bestimmt sei, weil England im Besitze seiner Flottenvorherrschaft bleibe und die Lebensfähigkeit des deutsch-türkischen Bundes untergraben werde. Für uns Deutsche ist es in solchem Zusammenhang immer wieder unbegreiflich, wie Frankreich und Rußland dem deutschen Militarismus den Krieg bis aufs Messer erklären, die englische Seeherrschaft mit Dreadnoughts und Schiffskanonen aber für das selbstverständlichste Ding der Welt halten können. Im „Kalifat von Berlin" steckt natürlich auch noch eine bösartige Anspielung auf deutsche Verfassungszustände. Sie steht einem Russen besonders gut zu einer Zeit, in welcher der Zar in höchster Not Duma und Reichsrat in höchst eigener Person eröffnet und umschmeichelt, nachdem er sie monatelang zum Teufel gewünscht hat. Die Mehrheit der Duma hat ihm dies auch in einer Erklärung ganz unzweideutig gesagt. Währenddessen halten sich auf deutscher Seite die „Kalifen", die man meint, je länger je mehr außerordentlich klug zurück und verzichten verständiger Weise noch mehr als im ersten Jahr des Kriegs darauf, den Krieg monarchisch auszunützen. Hält diese Klugheit an, so meinen wir unmaßgeblich, der politische Fortschritt wäre auch hier einmal wieder auf deutscher Seite!

Und würdig, wie sie begonnen, schloß die russische Ministerrede. Die Vergewaltigung Griechenlands durch die Besetzung von Salonik entspricht wahrhaftig dem Neutralitätsvertrage von 1830. Die Mächte, die Griechenlands Neutralität stifteten und zu sichern versprachen, können nach Ssasonow jederzeit griechisches Gebiet besetzen, wenn sie nur unter sich über den Raub einig sind! Das ist solcher hahnebüchener Unsinn, daß es nicht lohnt, mit ihm zu streiten. Er besagt einfach, daß gerade die Entente jeden neutralen Staat für vogelfrei erklärt, wenn sich nur die nötigen Kumpane finden, die für seine Vergewaltigung einig sind. . . .

Die Kämpfe in Albanien.

Berlin, 25. Febr. (D. D. P.) Der Berichterstatter des „Berliner Lokal-Anzeigers", Langstein, meldet aus dem K. K. Kriegspressequartier vom 24. Februar: Die Konsequenz der verflossenen Aktionen der k. k. Truppen in Nordalbanien hat sich mit großer Pünktlichkeit eingestellt. Nicht nur Durazzo allein ist von unseren Truppen vom Lande aus eingeschlossen, sondern die italienische Besatzung und die Anhänger Essad Paschas wurden entscheidend geschlagen. Gestern haben die k. k. Truppen die Italiener gezwungen, fluchtartig alle Vorstellungen zu räumen und sich hinter den befestigten inneren Ring von Durazzo zurückzuziehen. Die Italiener versuchen nun auch so schnell wie möglich ihre Truppen einzuschiffen und wegzubringen. Im Laufe des gestrigen Vormittags besetzten unsere Truppen nach einem Sturmangriff die letzte italienische Vorstellung unweit Bazar Sjak, worauf andere Abteilungen auf Barken über den unteren Arzen setzten. Mittags wurde die italienische Brigade Savona östlich von Bazar Sjak aus ihren stark verschanzten Stellungen geworfen. Eine andere k. k. Truppenabteilung hatte mittags die Italiener bei Sasso Bianco, 10 Kilometer östlich Durazzo, geschlagen. Auch da flüchteten die Italiener aus allen ihren Stellungen. Verfolgt von unseren Truppen, flohen sie in den Bereich der inneren Befestigungen von Durazzo. Konzentrisch bewegt sich der Angriff der k. k. Truppen und die Beendigung der Aktion vor Durazzo ist jetzt eine Frage der kürzesten Zeit. Die italienische Heeresleitung bucht abermals auf das Konto ihrer albanischen Expedition ein nachhaltiges Fiasko, das in Paris und London bestimmt keine Freude erwecken dürfte.

Vom Seekrieg.

Das neueste deutsche Seemannsstückchen.

Das Reutersche Bureau meldet aus London: Lloyds berichtet aus Teneriffa: Das englische Dampfschiff „Westburn" ist durch die deutsche Prisenbesatzung in die See gebracht und dort versenkt worden. Gestern konnten wir melden, daß das britische Dampfschiff „Westburn" mit Havarie in Santa Cruz auf Teneriffa eingelaufen sei, um Reparaturen vorzunehmen. Das Schiff führte die deutsche Flagge und hatte eine Besatzung an Bord, die aus 1 Offizier und 7 Mann bestand, wovon einer eine Mütze mit der Aufschrift „S. M. S. Möve" trug. Die „Westburn" hatte 206 Gefangene an Bord, die von den englischen Schiffen „Flamenco", „Horace", „Clan Mactavish", „Edinburgh", Cambridge", „Belge" und „Luxemburg" kamen. Es waren auch 11 spanische Matrosen an Bord. Die deutsche Besatzung hat das erbeutete Schiff nach erfolgter Landung der Gefangenen offenbar außerhalb der neutralen Zone versenkt, um es nicht in die Hände des Feindes fallen zu lassen. Sie selbst dürfte sich jetzt von den spanischen Behörden internieren lassen.

Englischer Postraub.

London, 24. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind von der Briefpost des heimkehrenden holländischen Dampfers „Hollandia" 1265 Pakete und von der Briefpost der „Jelria" 1200 Pakete Roßgummi beschlagnahmt worden.

Bewaffnete Handelsschiffe.

Köln, 24. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Köln. Ztg." bringt eine Nachricht der „Newyorker Staatszeitung" vom 2. Februar, in der es heißt: Gestern traf hier der vierte bewaffnete italienische Personendampfer „Caserta" von Genua, aus Neapel kommend, im Newyorker Hafen ein. Er führt zwei dreizöllige Maschinenschnellfeuergeschütze, die hinten auf dem Bootsdeck aufgestellt sind, von sieben italienischen Marineartilleristen bedient werden und nach allen Richtungen feuern können. Zwischen Genua und Neapel wurden Schießübungen auf in einer Viertelmeile Entfernung ins Wasser geworfene leere Fässer vorgenommen. Die Schiffsoffiziere erklärten ganz offen, daß ein Faß etwa so groß sei, wie das sichtbare Ziel, das ein Tauchboot darbiete, und hinter den Tauchbooten sei man her.

Eine Kundgebung zur Tabakbesteuerung.

Wie bereits durch die Presse angekündigt, beabsichtigt die Reichsregierung, dem im März zusammentretenden Reichstag eine neue Tabaksteuervorlage zu unterbreiten, nach welcher neben den 200 Millionen Mark, welche die Tabakindustrie bereits zu tragen hat, weitere 200 Millionen Mark aus ihr herausgeholt werden sollen. Es soll dieses in der Weise geschehen, daß eine schematische Erhöhung nach Art der bisherigen Tabakbesteuerung stattfindet. Demnach wird die Inlandsteuer, der Zoll und die Wertsteuer erhöht werden. Für die Zigarettenindustrie ist eine Kriegsmarke zur bestehenden Banderolesteuer geplant.

Die drei Organisationen der Tabakarbeiter, Deutscher Tabakarbeiterverband, Zentralverband christlicher Tabakarbeiter und Gewerkverein der deutschen Zigarren- u. Tabakarbeiter (Hirsch-Duncker), nahmen in einer zu Frankfurt a. M. abgehaltenen Konferenz Stellung zu den Tabaksteuerplänen und beschlossen folgende Kundgebung: „Obwohl seit längerer Zeit Gerüchte einer stärkeren Heranziehung der Tabakindustrie zu den Reichseinnahmen laut wurden, glaubten die deutschen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, die Reichsregierung werde sich scheuen, einer Industrie, die bereits so außerordentlich hoch belastet ist, weitere Opfer aufzuerlegen. Wenn auch der Krieg an die Finanzwirtschaft des Reiches ungeheure Anforderungen gestellt hat und ferner noch stellen wird, so kann es nicht Aufgabe der Regierung und Gesetzgebung sein, die entstehenden Lasten einseitig zu verteilen. Gerecht ist nur die gleichmäßige Verteilung der Lasten auf alle Volksangehörigen nach Einkommen und Vermögen. Wenn die Regierung beabsichtigt — woran leider nicht mehr zu zweifeln ist —, der Tabakindustrie eine weitere Belastung von mehreren Hundert Millionen aufzubürden, so bedeutet das in Anbetracht der hohen Summen, welche die Tabakindustrie bereits zu leisten hat,

Feuilleton.

Am Ufer des Njemen.

Zwischen Kowno und Grodno liegt am Njemen die russische Festung Olita. Deutsche Landsturmleute hausen jetzt dort. Einer von ihnen, Genosse Alwin Rudolph, sendet uns folgende anschauliche Schilderung:

Der Ort teilt sich in ein polnisch und ein russisch Olita, rechts und links des Njemen gelegen. Vor dem Rückzug der Russen führte eine starke Eisenbrücke für die Bahn über den Fluß und eine andere, die dem sonstigen Verkehr diente. Die schwere Eisenbrücke wurde von den Russen durch Sprengung der Mauerpfeiler zerstört. Noch heute sieht man die Wirkung dieses Werkes, obwohl dort schon wacker Ordnung geschaffen wurde. Jetzt liegt nur noch ein Teil vollständig da, während die beiden andern bereits in ihren einzelnen Stücken auseinandergenommen sind und sauber am Ufer aufgestapelt liegen. Sogleich nach Besetzung des Ortes begannen die Pioniere mit ihrer Arbeit und schafften in vierzig mühevollen Tagen einen vollkommenen Ersatz und nun verbindet ein Wunderwerk von einer Holzbrücke die beiden Ufer und die Eisenbahn fährt ebenso sicher oder noch sicherer wie vordem dahin. Was deutsche Arbeit hier geleistet, kann man schon daran ermessen, daß sich die Schienenführung 38 Meter über dem Njemen erhebt und der ganze Bau etwa 150 Meter lang ist. Und heute stehen deutsche Landsturmleute am Brückenende und halten Wacht.

Die Stadt — es fällt einem eigentlich schwer, beim Anblick dieses Ortes von einer Stadt zu reden — liegt abseits dieser Brücke und noch weiter vom Bahnhof. Was einem von der Bahn zuerst auffällt, ist die große Kasernenanlage, eine ganze Anzahl großer, dreistöckiger, massiver Gebäude, die äußerlich einen erstaunlich guten Eindruck machen, innen aber einen ebenso widerwärtigen und schmutzigen, mit Einrichtungen von äußerster Primitivität. . . .

Vergebens hält man am Bahnhof nach der eigentlichen Stadt Umschau. Erst wenn man eine Straße überwunden hat, die entweder fast grundlosen Dreck, oder weites, wogendes Wasser aufweist, oder auch große Eisflächen, erreicht man die ersten Häuser, über deren Dürftigkeit und Baufälligkeit ich erstaunte und die ich unbewohnt wähnte. Doch hie und da zeigte sich ein in Lumpen — von Kleidern kann man nicht reden — gehülltes menschliches Wesen. Kleine Papiertäfelchen künden eine Teestube an. Es ist der polnische Stadtteil, den wir, vom Bahnhof kommend, zuerst betreten und der zumeist von Juden bewohnt ist. In den Straßen herrscht natürlich militärisches Leben und das Militär macht das eigentliche Leben der Stadt aus. Die Bevölkerung hat sich dem angepaßt. Die paar kleinen Handelsleute führen allerlei Militärartikel, wenn auch nicht in der Mannigfaltigkeit wie daheim. In dem wunderlichsten, einem oft kaum verständlichen Deutsch werden die Waren angepriesen. Wer keinen Handel, im Hause aber eine Tür nach der Straße hat, hat auch sicher eine Teestube eröffnet.

Der Raum einer solchen gastlichen Stätte ist recht wenig behaglich. Schmutzige, verklebte Fenster ohne Vorhänge, schmutzige, arg zerfetzte Tapeten, ein roher Tisch mit ebensolcher Bank und zwei oder drei Sesseln, in einer Ecke der Samovar. Das ist die vollständige Einrichtung, sofern man nicht die zwei oder drei meist recht jugendlichen jüdischen Mädchen, die dem Gast das immer mehr heiße als duftende Getränk zureichen, mit hinzurechnen will. Diese Mädchen passen sich völlig dem Raume an. Alte, zerschlissene Kleidung, mangelhaftes Schuhzeug, freier Hals und offenes, loses Haar, das über Nacken und Schulter hängt. Aber über all das schaut man hinweg. Es wird überstrahlt von der Schönheit, die das Judenmädchen in ihrer ersten Entwicklung zur jungfräulichen Reife auszeichnet. Mit einer berückenden Grazie weiß es den Tee zu reichen, und wenn es den Zehner dafür einstreicht, tut sie es mit einer Bewegung, die ganz Demut ist. Da erscheint sie so zart, daß man sich hütet, sie zu berühren, weil man fürchtet, schon ein leiser Hauch könnte sie zerbrechen. Zutraulicher, beweglicher sind sie, haben sie nur wenig Gäste; die Menge scheint sie scheu zu machen. Und eine Menge ist es schon, ist mehr als ein halbes Dutzend anwesend. Dann reicht die Einrichtung nicht aus, es mangelt an Sitzgelegenheit und an Gläsern. Die Teestube hat einen ungewöhnlichen Verkehr und ist den Anforderungen nicht gewachsen. Die meisten dieser Mädchen können soviel Deutsch, daß man sich mit ihnen verständigen kann, doch muß sich erst das Ohr an den Akzent gewöhnen. Einige von ihnen waren auch schon in Deutschland. Ich sprach eine, die mit ihrem Vater, einem Holzhändler, längere Zeit in Breslau und Danzig war und nach dem Abzug der Russen allein und sich selbst überlassen zurückgeblieben ist. Die Russen haben den Vater, wie so viele Juden, mit sich geführt und das Mädchen weiß nichts von seinem Schicksal, weiß nicht, ob es noch einen Vater hat oder ob es Waise ist. Ich fragte, ob sie sich zuerst nicht von den vielen Soldaten beängstigt gefühlt, und die Antwort war: „O nein, die Deutschen wollen uns doch bringen Kultur."

In polnisch Olita waren viele Holzhändler ansässig; denn hier dehnen sich Wälder aus, die einen ungeheuren Holzreichtum bergen, ein Reichtum, der jetzt den Pionieren trefflich zustatten kommt. Ein großes Sägewerk mit den neuesten und trefflichsten Maschinen ist angelegt. Die Dampfkraft dieses Werkes versorgt zugleich die Stadt und die Kasernen mit elektrischem Licht, ein Vorzug, dessen sich Olita noch nicht zu erfreuen hatte und in normalen Zeiten sicher so bald nicht erhalten hätte.

Als ich die dritte der zahlreichen Teestuben verließ, hatte ich kein Verlangen mehr, auf diesem Gebiet weitere Studien zu pflegen. Denn da sah ich eines der Teemädchen mit einem alten verrosteten Blechgefäß aus einer Wasserlache direkt aus einer Pfütze der Straße Wasser schöpfen. Ich fragte nicht, ob mit diesem Wasser das köstliche Getränk gebraut wird, ob es dazu bestimmt ist, in dem Samovar erhitzt zu werden. Aber sollte es auch nur dazu dienen, die Gläser zu spülen, oder die Hände zu waschen, ich mochte keinen Tee mehr. Die deutsche Verwaltung tut alles, die Bewohner zu Reinlichkeit und Sauberkeit zu erziehen. So wird vornehmlich danach getrachtet, für die Straße einige Ordnung zu schaffen, was bei den Polen eher gelingt als bei den Russen. Letztere scheinen gar nicht von ihrer alten lieben Gewohnheit lassen zu wollen, alle Bestimmungen und Strafandrohungen scheinen da ihren Zweck zu verfehlen.

Die in der Stadt von den Pionieren erbaute Holzbrücke über den Njemen, die den Wagenverkehr zwischen den beiden Stadtteilen vermittelt, ist mit einigem Sinn für Schönheit erbaut. Wie immer wieder erkannte ich auch hier, wie später auf dem Friedhof der gefallenen Krieger, mit welch einfachen Mitteln ohne besonderen Aufwand eine das Auge erfreuende Anlage geschaffen werden kann. Das russische Olita ist arg

eine starke Lähmung dieser Industrie, von der sie sich kaum jemals wieder erholen kann. Noch heute, im Jahre 1916, hat sich insbesondere die Zigarrenindustrie von der im Jahre 1909 beschlossenen Wertsteuer nicht erholt. Die Regierung mag annehmen, wie bei früheren Belastungen auch, daß die kommende Belastung von den Konsumenten getragen wird; das trifft jedoch nicht vollständig zu, insbesondere nicht für die Zeit des Ueberganges. Nicht nur, daß die Tabakindustrie zur Investierung größerer Kapitalien gezwungen ist, deren Verzinsung gleichfalls herausgewirtschaftet werden muß, wird sie, wie bei anderen Steuermaßnahmen die Erfahrung gelehrt hat, zahlreiche mittlere und kleine Existenzen vernichten. Vor allem aber werden es die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie sein, wie früher auch, die in schwere Bedrängnis geraten werden. Dabei ist die Arbeiterschaft der Tabakindustrie die schlechtest gestellte unter der deutschen Arbeiterschaft überhaupt. Noch bis unmittelbar vor dem Kriege, also in ruhiger Zeit, hat die deutsche Tabakarbeiterschaft mit starker Arbeitslosigkeit zu kämpfen gehabt, und ihre Organisationen haben erheblich höhere Summen für Arbeitslosenunterstützung als vor 1909, im ganzen und pro Kopf, ausgeben müssen.

Außerordentlich schwer wird es den Tabakarbeitern, hauptsächlich infolge der starken steuerlichen Belastung, ihre niedrigen Arbeitslöhne, so wie es andere Arbeitergruppen vermögen, aufzubessern. Eine erweiterte Belastung wird nur die Arbeitslosigkeit vermehren; die Entlassungen werden, wenn die Belastung, wie in der Presse angekündigt, mehrere Hundert Millionen betragen soll, zu Tausenden erfolgen. Das kann die Tabakarbeiterschaft mit dem besten Willen nicht mehr ertragen. Hinzu kommt, daß eine weitere Folge die Verlegung der Betriebe nach abgelegenen Dörfern sein wird, so daß ganze Ortschaften, in denen jetzt die Tabakindustrie stark vertreten ist, schwer geschädigt werden, wie auch außerdem noch die in der Tabakindustrie stark verbreitete Heimarbeit zum Schaden der Volksgesundheit noch weiter verbreitet wird.

Nicht unberücksichtigt zu lassen ist, daß nach Beendigung des Krieges der Tabakindustrie und vor allem ihrer Arbeiterschaft schwere Zeiten bevorstehen. Der Krieg und die damit verbundenen Heereslieferungen haben zwar eine verhältnismäßig günstige Konjunktur geschaffen; doch darf trotzdem behauptet werden, daß sich selbst jetzt die Tabakindustrie in recht unsicheren Verhältnissen befindet. Nach dem Kriege wird ohne Zweifel der Konsum an Tabakfabrikaten, schon in Rücksicht auf die noch anhaltenden hohen Lebensmittelpreise, eine erhebliche Einschränkung erfahren, so daß auch ohne Steuererhöhung ein starker Rückschlag eintreten wird, dessen erste Folgen Arbeiterentlassungen sein müssen. Dabei kommt in Betracht, daß während der Kriegszeit viele Tausende Arbeiterinnen, vor allem aus der Webwarenindustrie, neu angelernt worden sind; außerdem kehren Zehntausende Tabakarbeiter aus dem Heeresdienst zurück. Drückt dann noch eine solch ungeheure Steuererhöhung, wie sie geplant ist, auf den Konsum und damit auf die Tabakindustrie, so läßt sich ermessen, wie groß das Elend ist, das den Tabakarbeitern in Aussicht steht. Nicht unerheblich ist, daß die Tabakarbeiter als Staatsbürger sowieso zu den Lasten, die der Krieg bringt, herangezogen werden, also demnach doppelt und viel schwerer als alle übrigen Staatsbürger unter den Folgen des Krieges leiden sollen.

Aus allen diesen Erwägungen heraus weiß sich die Konferenz eins mit der gesamten deutschen Tabakarbeiterschaft, wenn sie gegen jede weitere Belastung der deutschen Tabakindustrie den ernstesten Protest erhebt und an Regierung und Reichstag das Ersuchen stellt, von jeder weiteren Belastung der Tabakindustrie abzusehen.

Sollten sich dennoch Regierung und Reichstag zu einer weiteren Belastung der Tabakindustrie entschließen, so setzt die deutsche Tabakarbeiterschaft voraus, daß eine Form gewählt wird, welche am wenigsten geeignet ist, die Industrie, insbesondere die Arbeiterschaft, zu schädigen; als solche kann die schematische Erhöhung der Inlandsteuer, des Zolles, der Wertsteuer, wie auch die Einführung der „Kriegsmarke" für Zigaretten nicht angesehen werden.

Die deutsche Tabakarbeiterschaft setzt weiter voraus, daß Regierung und Reichstag, die durch eine etwaige weitere Belastung der Tabakindustrie arbeitslos werdenden und in Not geratenen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen entschädigen werden, wie sie auch anderen, durch den Krieg geschädigten Teilen der Bevölkerung ihre Fürsorge zugewandt haben."

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 24. Febr.

Zu Ehren des verstorbenen Abg. Paulsen (freikons., 6. Schleswig-Holstein) erhebt sich das Haus.

Die Etatsberatung wird fortgesetzt beim

Etat des Ministeriums des Innern.

Abg. **Fleuster** (Zentr., schwer verständlich): Den Kommunen erwachsen durch den Krieg eine Fülle neuer Aufgaben, insbesondere in sozialpolitischer Hinsicht bei der Fürsorge für Kriegsbeschädigte usw. Es ist nur recht und billig, daß die Kommunen diese Mehrkosten wenigstens zum Teil ersetzt erhalten.

Minister **v. Loebell**: Für das unseren Gendarmen gespendete Lob danke ich dem Hause. Sie haben sich als eine unentbehrliche Stütze der Landräte bei der Durchführung von Verordnungen erwiesen. Sollten besonders auf dem Gebiete der Ernährungsfragen Härten bei der Aenderung der Verordnungen vorgekommen sein, so werde ich für Abhilfe sorgen. Die Regierung erkennt die

Notlage der Gemeinden

an. Während die Steuereinnahmen gesunken sind, haben die Gemeinden durch großzügige Wohlfahrtspflege große Lasten übernommen und Hervorragendes geleistet. Eine Schwierigkeit für die Gemeinden liegt darin, daß ihnen der Anleihemarkt, der für Reich und Staat vorbehalten ist, verschlossen bleibt. Leider konnten wir dem Wunsche des Deutschen Städtetages auf Zulassung langfristiger Schuldverschreibungen nicht entsprechen. Es wird die Aufgabe des Staates sein, den Gemeinden, deren Lage auch nach dem Kriege schwierig sein wird, neue Steuerquellen zu eröffnen. Die

Uebernahme der Invalidenfürsorge

durch die Provinzialverbände hat sich gut bewährt, und das Reich hat sich seiner Pflicht, die Lasten hierfür zu übernehmen, nicht entzogen. Der hierfür ausgeworfene Betrag ist aber nicht ausreichend. Rühmend erkenne ich die glänzende Lage der Sparkassen und ihre großzügige Beteiligung an den Kriegsanleihen an, eine Beteiligung, die die Summe der Kriegsentschädigung von 1870 übertrifft. Die Einrichtung einer königlichen

Polizeiverwaltung in Kattowitz und einer städtischen in Fulda

ist notwendig. Die Stadt Fulda soll zur Aufbringung der Kosten aber nur soweit herangezogen werden, als dies zur Aufrechterhaltung der Ordnung unumgänglich notwendig ist. Die Forderung eines Verbotes aller Vergnügungen ließ sich nicht erfüllen. Wir müssen Rücksicht nehmen auf die Ausnahmeverhältnisse vieler Erwerbsstände. Anordnungen der Zentralbehörden hielt ich nicht für zweckmäßig. Wir müssen die Beseitigung von Mißständen den Polizeibehörden überlassen, die wohl aber auch immer den richtigen Mittelweg gegangen sind. Tanzlustbarkeiten sind ganz verboten worden. Innerpolitische Maßnahmen sind getroffen, von denen ich hoffe, daß sie auch mit in den Frieden hineingenommen werden. Die

Theaterzensur

hat im allgemeinen ihre Schuldigkeit getan. Es sind alle in Friedenszeiten freigegebenen Stücke noch einmal geprüft worden. Kriegspossen sind in gewissem Umfange zugelassen. Sie dürfen aber nicht in Burlesken ausarten. Allein in den ersten Monaten des Krieges sind 81 Stücke verboten worden. Bei dem verschiedenen Wert der Aufführungen konnten wir in Berlin Stücke noch gerade zulassen, die wir in der Provinz verbieten müssen. Das beste Mittel gegen allen Schund ist aber die Selbsthilfe des Publikums. Die Polizei kann nur vorbeugen. Von einer erzieherischen Pflicht halte ich wenig. Ich erkenne an, daß es auf dem Gebiete des Kinowesens auch gute Stücke gibt. Gegen Mißstände müssen wir einschreiten. Das Ministerium des Innern verfolgt diese Angelegenheit mit dem allergrößten Interesse. (Beifall.)

Abg. **Dr. Lohmann** (natl.): Daß jetzt während des Krieges vielfach eine Verwahrlosung der Jugend eingetreten ist, ist nicht zu verwundern. Das wird sich aber ändern, sobald die Väter aus dem Kriege zurückkehren. Man sollte die Kinder nicht gleich in die Fürsorgeerziehung schicken, womit ein Makel auf die Betreffenden geworfen wird. Die Verhältnisse der Sparkassen liegen vielfach geradezu glänzend.

Abg. **Cassel** (Fortschr. Vpt.): Wir treten entschieden dafür ein, daß in das Gesetz über die Schätzungsämter Richtlinien über Schätzungsverfahren aufgenommen werden.

Abg. **Paul Hoffmann** (Soz.): Der Vorredner sprach zuletzt von der Gleichberechtigung aller Volksgenossen. Bei Ausbruch des Krieges haben wir ja auch die Botschaft gehört, daß von nun an die

Sozialdemokratie gleichberechtigt sein soll

mit den bürgerlichen Parteien. Soweit hier und da Aenderungen in dieser Richtung stattgefunden haben, ist das sicher nicht aus Anerkennung der Gleichberechtigung geschehen, sondern weil es die Zeitumstände erforderten. Den nachgeordneten Behörden

fällt es jedenfalls vielfach noch sehr schwer,

von ihrer früheren Praxis abzusehen. So wurde in Schlesien ein freies Gewerkschaftskartell mit seiner Bitte an der Verteilung einer bestimmten Summe für Wohlfahrtszwecke mitwirken zu können, vom Landrat abgewiesen mit der Bemerkung, es könne nicht als politisch einwandfrei gelten. (Hört! Hört! bei den Soz.) Ein anderer Arbeiterverein aber, der zu dem ausgesprochenen Zwecke gegründet war, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wurde an der Verteilung des Geldes beteiligt. (Hört! Hört!) Im Kreise Höscheidt wurden zwei zu Beigeordneten gewählte Sozialdemokraten vom Landrat gefragt, ob sie zur Minderheit oder Mehrheit in der Sozialdemokratie gehörten. Als Vertreter der Minderheit würden sie keinesfall bestätigt werden. (Hört! Hört bei den Soz.) Dem Lobe, das die Vorredner der Polizei gespendet haben, können wir uns nicht anschließen. Bei dem Andrang zu den Butterläden geht die Polizei oft sehr rücksichtslos vor. Leuten, die sich nicht willenlos ihren Anordnungen fügen, wird mit Schutzhaft gedroht. Ich kann nicht annehmen, daß die Polizei im Auftrage der Generalkommandos handelt. Mit der in dem Umfange gar nicht berechtigten Furcht vor der Verwahrlosung der Jugend begründet man alle möglichen Maßnahmen, um die

Bewegungsfreiheit der Jugend

einzuschränken. In Stettin hat man allen jungen Leuten unter 18 Jahren den Besuch von Gasthäusern und Kinos verboten. Im Felde können sich solche jungen Leute das Eiserne Kreuz verdienen, hier werden sie in jeder Weise bevormundet. Es wird überhaupt viel zu viel polizeilich reglementiert. Im Kreise Allenstein hat der Landrat einfach bestimmt, daß der Höchstlohn für Landarbeiter drei Mark nicht überschreiten dürfe. Wieviel weniger gezahlt wird, interessiert ihn nicht. Der Landwirt, der mehr bezahlt, wird mit drei Tagen Haft bedroht. Nun, dieses Delikts wegen wird sicher kein Tag Haft abgesessen sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Rosenow beschwor neulich die Arbeitgeber, wenigstens im Kriege ihren Herrenstandpunkt aufzugeben und die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter bei Lohnstreitigkeiten anzuerkennen. Bei der Aktiengesellschaft Schlesische Textilwerke, wo Löhne von 12 bis 15 Mark bezahlt werden, verlangten die Arbeiter eine Teuerungszulage. Mit Hilfe der Gewerkschaft war es ihnen gelungen, sie zu erreichen. Daraufhin teilte die Firma den Gewerkschaftsvertretern mit, daß sie sie nicht als berufene Vertreter der Arbeiter anerkennen könne, sondern nur mit ihren Leuten selbst verhandele, und daß sie gegen den Verband Anzeige bei der Militärbehörde machen werde. (Hört! Hört! bei den Soz.) Dabei beträgt der Reingewinn der Gesellschaft über 1½ Millionen. Und eine solche Gesellschaft erlaubt sich die Militärbehörde anzurufen, um sich vor den Forderungen der Arbeiter zu schützen. (Hört! Hört! bei den Soz.) Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Beumer erklärte im verflossenen Jahre auf einer Konferenz, alle diejenigen, die jetzt arbeitslos sind, seien Arbeitsscheue (Hört! Hört! bei den Soz.) und forderte Maßnahmen von den Behörden, um der Arbeitsscheu zu begegnen. In derselben Zeit erging im II. Armeekorps eine Bekanntmachung, wonach alle Arbeiter, die unter Kontraktbruch die Arbeit niederlegten, mit einem Jahre Gefängnis bestraft werden. (Hört! Hört! bei den Soz.) Das ist die Freizügigkeit der Arbeiter. Auch in diesem Jahre sind wieder 300 000 Mark für den Geheimfonds in den Etat eingestellt. Ich frage den Minister, ob auch in der Folge ein ganzes Heer von Spitzeln aus diesem Fonds unterhalten werden soll, und ob nicht auch auf diesem Gebiete eine Neuorientierung nötig wäre. Von dieser sogenannten Neuorientierung wird sehr viel Wesens gemacht, aber man sollte uns doch zunächst einmal die

Grundlinien dieser Neuorientierung näher darlegen.

Vielleicht hat man nur davon gesprochen, um die Leistungen des Volkes noch mehr zu steigern. Von jeher hat das Volk nur als Amboß gedient. Nun, in der Stunde der Gefahr, ist angeblich plötzlich die Erleuchtung gekommen, daß man das Volk verkannt hat. Wird man sich dessen auch in der Stunde des Wohlergehens noch erinnern? (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich glaube nicht recht an diese Erleuchtung, sonst hätten hier schon längst die Taten folgen müssen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Diejenigen, die dem Volke keine Rechte gewähren wollen, flüchten sich heute auf den Burgfrieden; alle Fragen, die ihnen unangenehm sind, wo sie Farbe bekennen sollen, sehen sie als Störung des Burgfriedens an. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im Zeichen des Burgfriedens bereitet der Minister im Geheimen die Wahl vor im Interesse der rechts stehenden Parteien, auf Kosten des Staates. Die Regierung benutzt insgeheim den Regierungsapparat, um die öffentliche Meinung zu korrumpieren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Aufrechterhaltung der Gesindeordnung entspricht nicht mehr der Würde des Volkes. Warum macht man noch immer den Staatsarbeitern und Beamten das Koalitionsrecht illusorisch. Man hat hier den

Frauen großes Lob wegen ihrer Tätigkeit

ausgesprochen. Warum verweigert man ihnen dann aber den politischen Einfluß in Staat, Gemeinde und Reich? (Gleiche Pflichten erfordern auch gleiche Rechte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unter 18 Millionen Erwerbstätigen in Preußen waren vor dem Kriege 6 Millionen weiblichen Geschlechts und im Kriege hat diese Zahl noch gewaltig zugenommen. Die Frauen zahlen doch ebenso direkt und indirekt Steuern wie die Männer. Da ist es höchste Zeit, daß man ihnen die politischen Rechte nicht mehr vorenthält. Wir fordern auch für die Frauen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften. Hier ist eine Neuorientierung sehr notwendig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dann komme ich auf das

Wahlrecht überhaupt.

Diese wichtige Frage wird nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, bis sie endgültig im Interesse des Volkes gelöst ist. Herr v. Heydebrand meinte bei der ersten Lesung, Schönheitsfehler, Unebenheiten, die dem Wahlgesetz anhaften, könnten ausgeglättet und beseitigt werden. Welche Schönheitsfehler und Unebenheiten hat er damit gemeint? Hat er etwa die Klasseneinteilung gemeint? Drei Wähler der reichen Bevölkerung haben heute so viel politisches Recht wie 84 der armen Bevölkerung. (Hört! Hört! bei den Soz.) Ein Krieger, der mit dem Eisernen Kreuz heimkehrt und seine wirtschaftlichen Verhältnisse ruiniert vorfindet, wählt in der dritten Klasse, ein Daheimgebliebener, der durch Auswucherungen des Volkes reich geworden ist, — und wer die Not des Volkes benutzt, um sich die Taschen zu füllen, ist doch sicherlich ein Vaterlandsfeind (Sehr wahr! bei den Soz.) — ist Wähler erster Klasse geworden. Ein größeres politisches Unrecht gibt es nicht. Oder meint Herr v. Heydebrand vielleicht die Wahlkreiseinteilung? Heute haben Landkreise mit 6000 Wählern dasselbe Recht wie andere Kreise mit 60 000 Wählern. Das ist eine ungeheuerliche Bevorzugung der Junker gegenüber der Industrie. Allen Staatsarbeitern und Beamten ist es unmöglich, ihre Stimme frei abzugeben. Dieses Wahlrecht bedeutet für das Volk einen Skandal und eine unerhörte Vergewaltigung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Thronrede hat eine organische Fortentwicklung des Wahlgesetzes zugesagt. Die Konservativen aber setzen diesem Königswort ein glattes Nein gegenüber. Ich bin überzeugt, es wird in der Wahlrechtsfrage erst anders werden, wenn das Volk draußen gebieterisch sein Recht fordert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nun sind bereits

Vorschläge gemacht worden für ein neues Wahlrecht.

Von einer Seite wurde ein Familienväterwahlrecht empfohlen, vielleicht in dem Gedanken damit dem Geburtenrückgang entgegenzutreten. Die „Deutsche Tageszeitung" erklärte sich für den Vorschlag, aber nur dann, wenn er auch für das Reich eingeführt werde. Also Beseitigung des Reichstagswahlrechtes! Das wäre ein glatter Sieg der Reaktion. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist unerhört, daß man gerade in dieser Zeit dem Volke mit solchen Vorschlägen kommen kann. Man hat gesagt, das allgemeine Wahlrecht sei das größtn Wahlunrecht, es gehe nicht an, daß die besitzlose Masse mit entscheiden könne über das Portemonnaie der Reichen. Aber wer hat den Reichen das Portemonnaie erst gefüllt? Und ist es nicht die große Masse des Volkes, die den Reichen heute das Portemonnaie schützt! (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein Herr v. Bonin hat geschrieben, die Sozialdemokratie solle sich schämen, in der jetzigen Zeit eine Wahlreform zu fordern. Aber ein großer Teil der Besitzenden schämt sich nicht, in der jetzigen Zeit das Volk auszuwuchern. (Zuruf rechts: Ausnahmen!) Die Extraprofite gehen in die Milliarden! Weiter schreibt er: Das deutsche Volk hänge mit Liebe und Vertrauen an dem jetzigen Wahlsystem. Woher schöpft der Herr diese Kenntnis? Hat er nichts gehört von den Millionenprotesten gegen dieses Wahlsystem? Herr v. Zedlitz hat neulich erst erklärt, das jetzige Wahlrecht aufzuheben, sei Unvernunft, der Staat müsse dann zu Grunde gehen. Also die Massen sind gut genug, um Gut und Blut für das Vaterland herzugeben, aber nicht gut genug, um über die Geschicke des Volkes mitzureden? Die edlen und erlauchten Herren in unserem Nachbarhause sind so von Feindschaft gegen die Volksrechte erfüllt, daß sie erklären, wenn der Minister wagen sollte, das Reichstagswahlrecht in Preußen einzuführen, sollte man ihn an dem ersten besten Laternenpfahl aufhängen. (Hört! Hört! bei den Soz.) Wir verlangen, daß endlich der Wille des Volkes in der Gesetzgebung zum Ausdruck kommt. Da gibt es kein anderes Mittel, als die

Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den preußischen Landtag.

Die Arbeiterschaft hat es satt, sich noch weiter als Rechtlose und Parias behandeln zu lassen. Der Ruf nach dem gleichen und allgemeinen Wahlrecht wird nach dem Kriege mit Donnerstimme erhoben werden. Wir erwarten, daß dann die Worte von der Neuorientierung nicht nur Schall und Rauch bleiben sollen, sondern daß diese Frage umgehend in Angriff genommen wird und daß dann der neue Landtag zusammenberufen wird unter dem Zeichen des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes, des Wahlrechtes, das allein der Würde des Volkes entspricht. (Lebhafter und anhaltender Beifall bei den Soz.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz-Neukirch** (Freikons.): Der Vorredner hat seine Parteigenossen als das Volk bezeichnet. Wir gehören alle zum Volk. Ich lege Verwahrung ein gegen die Worte, als seien die Arbeiter in unseren Augen rechtlose Parias. Sie haben völlige Gleichberechtigung mit allen übrigen Klassen der Bevölkerung. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Dr. Liebknecht ruft: Bewußte Unwahrheit! Vizepräsident Dr. Krause ruft Liebknecht zur Ordnung.) Die Klagen des Vorredners über die Reichsgewerbeordnung sind unberechtigt. Das Koalitionsrecht ist kein Staatsbürgerrecht.

Die allgemeine Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern mit Ausnahme des Medizinalwesens ist beendet.

Abg. **v. d. Osten** (Kons. berichtet über

das Medizinalwesen.

Abg. Dr. **Mugdan** (Fortschr. Vpt.): Wir sind stolz auf die großen Erfolge unserer Heilmethoden in den Lazaretten. Krankheiten wie Typhus, Cholera und Ruhr, die früher die Begleiterscheinungen des Krieges waren und noch 1870 ungeheuer viel Leute dahinrafften, kommen jetzt nur vereinzelt vor. Das bedeutet einen Sieg der Zwangsimpfung. Großes Lob müssen wir den Krankenpflegern und Krankenschwestern zollen, denen wir in Zukunft das Koalitionsrecht nicht mehr vorenthalten dürfen. Die Zahnärzte haben sich in diesem Kriege sehr bewährt. Die Absicht des Kommissionsantrages über das Verkaufsverbot von antikonzeptionellen Mitteln erkennen wir an. Eine große Gefahr sind die schlechten Wohnungsverhältnisse. Hierzu haben wir ebenfalls einen Antrag gestellt, wonach, sofern nicht alsbald eine reichsgesetzliche Regelung erfolgt, dem Landtag ein Entwurf eines Wohnungsgesetzes vorgelegt werden soll.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Rechnungssachen, Fortsetzung der Beratung über das Medizinalwesen und Handelsetat.

---

mitgenommen, ganze Häuserreihen sind niedergebrannt und einige massive Häuser, die hier standen, sind eingestürzt. Doch wie die hier noch hausenden Bewohner erklären, ist das nicht die Wirkung eines Bombardements. Nach ihnen legten die Russen vor ihrem Abzug die Brandfackel in die Häuser, um die dort untergebrachten Vorräte, die sie nicht mitführen konnten, zu vernichten. Als sie keine Zeit mehr zum Brennen fanden, schlugen sie Türen und Fenster ein, um den anrückenden Deutschen die Quartiere zu nehmen.

Einen Waldfriedhof hat die Stadt, wie ich ihn schöner noch nicht gesehen; er ist ganz dem Charakter seiner Umgebung angepaßt. Nicht das kleinste Stück Eisen, nicht ein eiserner Nagel ist verwandt. Eine Umfriedigung aus gleich starken, gleichmäßig zugeschnittenen, geschälten Baumstämmen, die nur so weit gänzlich von der Rinde befreit sind, daß das weiße Holz nicht zu stark zu dem Dunkel des Waldes kontrastiert, aber doch auch dem ganzen einen hellen, freundlichen Eindruck gibt und so den sonst ganz auf Trauer und Entsagung gestimmten Ton unserer Friedhöfe vermissen läßt. Man hat diesem Friedhof das Düstere genommen und ihm eine lichte Höhe gegeben. Zunächst kommt man auf einen Vorplatz. Das Tor mit Angel, Riegel und Nägeln ist wieder nur aus Holz gefertigt. In der Mitte des Vorplatzes erhebt sich ein hohes Kreuz. Dahinter reihen sich die Hügel, alle mit Tannengrün bedeckt und gleichmäßig mit einem Strauß von Ebereschen, jenen verlockend roten Beeren geschmückt. Jeder Hügel hat das gleiche Kreuz aus Holz, das alle Angaben enthält von dem, der hier im Kampf als Feinde gegenüber gestanden, Russen und Deutsche, zusammen etwa 80 Hügel. Wo von den Russen nähere Angaben nicht zu ermitteln waren, stehen die einfachen, den Gegner achtenden Worte: „Ein russischer Krieger."

Zur gefl. Beachtung!

Die Postabonnements müssen jetzt unverzüglich aufgegeben werden, damit in der Zustellung keine Verzögerung eintritt. Insbesondere wollen alle Vertrauensleute und Träger in den neugewonnenen Orten diese Mahnung beachten.

Vom Tage der Bestellung bei der Post bis zur Lieferung der Zeitung vergehen meist 3—4 Tage weil die Post diese Zeit zu den Meldungen in den einzelnen Orten benötigt Die Expedition.

Deutsche Tarifbewegungen unterm Burgfrieden.

Von den großen Tarifbewegungen, die für das Frühjahr 1916 fällig waren, sind bisher zwei erledigt. Im Holzgewerbe einigte man sich schon im vergangenen Herbst auf eine Verlängerung der ablaufenden Verträge, indem man beiderseits von einer Kündigung Abstand nahm. Die Vertragsbestimmungen einschließlich der Lohnsätze blieben unverändert, soweit sie nicht durch örtlich vereinbarte Teuerungszulagen eine Aenderung erfahren hatten. Für das Malergewerbe fanden im Januar Verhandlungen statt, die ebenfalls zur Verlängerung der bestehenden Verträge führten, hier aber unter Vereinbarung von Teuerungszulagen im Betrage von 5 und 6 Pfennigen auf die bisher gezahlten Stundenlöhne. Das Verhandlungsergebnis harrt noch der Zustimmung der beteiligten Organisationen. Die Gehilfenverbände werden das Ergebnis voraussichtlich annehmen, während von den Unternehmern Schwierigkeiten zu erwarten sind.

Gemessen an der Bewegung der Kosten des Lebensunterhalts sind diese Ergebnisse völlig unzulänglich. Die Teuerungszulagen im Malergewerbe bedeuten eine Erhöhung des Lohneinkommens um etwa zehn Prozent. Das ist auch nicht im entferntesten ein Ausgleich für die Steigerung der Lebensmittelpreise, die sicherlich das vierfache und mehr ausmacht. Man hat die Rücksicht auf die allerdings recht ungünstige Lage des Gewerbes sehr weit getrieben. Die unvermeidbare Einschränkung aller Arbeiten und die Bestimmungen über den Verbrauch von Oelen bringen es mit sich, daß die Zahl der im Malergewerbe Beschäftigten außerordentlich gering ist. Das vermindert die Bedeutung dieses Ergebnisses und nimmt seiner Unzulänglichkeit den Stachel.

Nun haben auch die Organisationen des Baugewerbes über die Verlängerung des bestehenden und am 31. März ablaufenden Vertrages verhandelt. Wie bereits bekannt, sind diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer waren bereit, Teuerungszulagen im Betrage von 4 bis 6 Pfennigen zu gewähren, die Arbeitervertreter haben es jedoch abgelehnt, dies Angebot ihren Mitgliedern zu unterbreiten. Es ist ziemlich zweifelhaft, ob es noch einmal zu Verhandlungen kommt. Der Vertreter der Reichsregierung, unter dessen Leitung die Verhandlungen stattfanden, erklärte, daß die Regierung zunächst nichts weiter unternehmen könnte. Das kann heißen, daß die Regierung den Dingen ihren freien Lauf zu lassen gedenkt, es kann aber auch dahin zu deuten sein, daß die Regierung abwarten will, ob sich nicht eine weitere Gelegenheit oder gar die Notwendigkeit ergibt, ihrerseits einzugreifen und die Parteien zu neuen Verhandlungen zusammenzuführen. Tritt ein solcher Fall nicht ein, so wird der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe ablaufen und die Parteien werden zusehen müssen, wie sich die Dinge ohne Tarifvertrag entwickeln.

In den Verhandlungen erklärten beide Parteien, daß ihnen an der Verlängerung der Verträge gelegen sei. Man darf diese Erklärung beiderseits für den echten Ausdruck der vorhandenen Wünsche halten. Daß es den Arbeitern damit Ernst war, ist selbstverständlich; sie sind immer Tariffreunde gewesen und sind es angesichts der ungewissen Zukunft erst recht. Aber auch auf Seite der Unternehmer sprechen viele und gute Gründe für die Weiterführung der Tarifverträge. Die Organisation der Unternehmer des Baugewerbes hat schwer gelitten. In einzelnen Provinzen hat sie viel von ihrem früher so festen Zusammenhalt eingebüßt. Was sie heute noch leidlich stützt, ist der Reichstarifvertrag, der ihr als einem Träger des Arbeitsverhältnisses Bedeutung und Wert verleiht. Ist der Tarifvertrag dahin, so verliert sie für viele ihrer Mitglieder den hohen Wert, den sie heute noch als der Schutz gegenüber den Lohnansprüchen der Arbeiter besitzt. Denn die Verhältnisse liegen im Baugewerbe so, daß allein der bestehende Tarifvertrag die Unternehmer der Notwendigkeit enthebt, höhere Löhne zahlen zu müssen. Arbeiten für den Heeresbedarf im engeren und weiteren Sinne, daneben unaufschiebbare Bauten für öffentliche und private Zwecke und die Arbeiten in den Wiederaufbaugebieten des Ostens erfordern eine Arbeiterzahl, die heute nur schwer noch aus dem Inlande zu beschaffen ist, teilweise hat man schon in den neutralen Ländern Bauarbeiter anzuwerben gesucht. Diese Bauaufträge werden aber zudem alle so bezahlt, daß der Unternehmergewinn auch dann noch hoch genug bliebe, wenn er durch eine halbwegs befriedigende Teuerungszulage vermindert werden sollte. Zu dieser hat sich die Unternehmerorganisation bisher noch nicht aufschwingen können und so mußten die Verhandlungen erfolglos bleiben; denn angesichts dieser tatsächlichen Lage des Gewerbes sind die Arbeiter selbstverständlich willens, ihre wirklich bescheidenen Ansprüche mit allem Nachdruck, der in diesen Zeitläuften möglich ist, zu vertreten.

Nicht ganz ohne Einfluß auf diesen Ausgang der Verhandlungen mag auch wohl der Umstand gewesen sein, daß die Reichsregierung einen Beamten mit der Leitung der Verhandlungen betraute, der auf diesem Gebiet Neuling ist, obwohl sie über Kräfte verfügt, die sich früher schon mehrfach bewährt haben. Es liegt auf der Hand, daß ein hoher Beamter, der zum ersten Male einer solchen Aufgabe gegenübersteht und im übrigen die vor ihm verhandelnden Parteien im Lichte etwa der „Kreuzzeitungs"-Anschauungen sieht, den Gründen der Unternehmer weit eher zugänglich ist, als denen der Arbeiter und sich nur schwer von der Notwendigkeit überzeugen läßt, auch den Unternehmern entgegenkommende Beschlüsse nahezulegen. Freilich ist dies nicht der einzige Mangel, der sich bei dieser ersten Beteiligung der Reichsregierung an Tarifverhandlungen herausgestellt hat. Soll eine solche Beteiligung von der gebotenen Aktivität getragen sein, so ist es unerläßlich, daß sich die Regierung selbst Unterlagen zur Beurteilung der Verhältnisse beschafft, wozu hier erschöpfende und beweiskräftige Feststellungen über den Einfluß der Teuerung auf die Lebenshaltung der Arbeiter und über die Rentabilität des Gewerbes gehört hätten. Beide Umstände sind für die Beurteilung der Verhältnisse notwendig, aber in beiden Fällen war die Regierung auf die Angaben der Parteivertreter angewiesen, die natürlich stark von einander abwichen. Auch hier ist es bei der ganzen Disposition der Regierungsvertreter natürlich, daß die Angaben der Unternehmer eine stärkere Wirkung haben als die der Arbeiter.

Die Haltung der Unternehmer ist sehr kurzsichtig. Sie müssen wissen, daß ihnen ein tarifloser Zustand weit unbequemer werden kann als den Arbeitern. Aber schließlich reicht die Bedeutung dieser Vorgänge auch weit über die beruflichen Grenzen hinaus, sie berührt die gesamte Oeffentlichkeit. Für alle Berufsstände hat man die Notwendigkeit höherer Preise anerkannt. Die Landwirte verdienen so reichlich, daß man nicht einmal eine Klage von ihnen hört — was gewiß allerlei sagen will. Der Handel erhält seinen wohlbemessenen Gewinn in allen Stufen. Die Fabrikanten von Kriegsware erfreuen sich, wie sie selbst nicht leugnen, guter Gewinne. Die für öffentliche Rechnung arbeitenden Baugeschäfte finden volle Berücksichtigung aller den Betrieb erschwerenden Umstände. Und die Arbeiter? Den Arbeitern bietet man für eine Verteuerung der Lebenshaltung um mehr als 50 vom Hundert Teuerungszulagen von 6 bis 10 Prozent! Den Arbeitern, die schon vorher nur unter reichlicher Einschiebung fleischloser Tage „durchzuhalten" vermochten! Man mag sagen was man will, sehr burgfriedlich ist das gerade nicht; und wenn es darauf ankäme, den zur Verteidigung des Landes notwendigen Burgfrieden bei den Massen des besitzlosen Volkes gründlichst zu diskreditieren, so wäre das Verhalten der Unternehmer in diesem Falle das sicherste Verfahren. Ebenso, wie es das sicherste Verfahren ist, um mit den letzten Resten des Geistes vom 4. August aufzuräumen. Auch dieser Geist bedarf schließlich der körperlichen Stützung, eine Wahrheit die schon Heinrich Heine ahnte, als er dichtete:

In hungrige Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen.

Man mag die Haltung des Unternehmertums als den natürlichen Ausdruck rücksichtsloser Klassenpolitik hinnehmen, als solcher steht sie jenseits von Gut und Böse. Aber die Reichsregierung sollte daran denken, daß die Steine, die das Unternehmertum den Arbeitern statt des verlangten Brotes zuwerfen möchte, in wertvolle Fensterscheiben fliegen könnten.

Telegramme.

Portugal beschlagnahmt deutsche Schiffe.

Paris, 25. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Die Agence Havas meldet aus Lissabon: Die Zahl der auf dem Tajo ankernden deutschen Schiffe, die mit Beschlag belegt worden sind, beträgt 35. Nach einer Meldung des „Temps" hat sich die Bestandaufnahme und Entladung der Schiffe ohne Zwischenfall vollzogen. Die Schiffe einer portugiesischen Division nahmen vor den beschlagnahmten Schiffen Stellung, um jeden Widerstandsversuch zu begegnen. Zu der Beschlagnahme wird mitgeteilt: Im Namen des Marineministers wurde von Offizieren der Kriegsmarine die portugiesische Flagge gehißt und das an Bord der Schiffe verbliebene deutsche Personal ausgeschifft und durch portugiesisches ersetzt. Nachdem alles beendet war, gab der Kreuzer „Vasco de Gama", der die Flagge eines Flottendivisionärs führt, 21 Schüsse ab. Die Regierung erklärte, daß es sich nicht um einen kriegerischen Akt handelt, sondern um eine einfache im öffentlichen Interesse gelegene Maßnahme, und daß der portugiesische Gesandte in Berlin beauftragt sei, dies der kaiserlichen deutschen Regierung zu erklären; den Schiffsbesitzern seien alle Garantien zugesichert worden. (Natürlich steckt England hinter dieser portugiesischen Unfreundlichkeit, die wohl durch die letzten deutschen Seemannsstückchen auf dem Atlantischen Ozean hervorgerufen worden ist. Red.)

Briefkasten der Redaktion.

J. K., Frankf. Sie müssen der Landesversicherungsanstalt mitteilen, daß Ihr Mann inzwischen verstorben ist. Alsdann hat Ihnen die Landesversicherungsanstalt die Rente bis zum 31. Januar anzuweisen. Für die ersten drei Monate steht Ihnen die Kriegsunterstützung und die Rente gemeinsam zu. Alsdann bekommen Sie nur noch die Rente.

K. M. VIII. Die Unterstützung kann nur beansprucht werden, wenn der Sohn vor Kriegsausbruch für den Unterhalt der Mutter aufgekommen ist, was im angeführten Falle scheinbar nicht zutrifft.

U. H. B. Ja!

W. in R. 1. Im Falle der Bedürftigkeit wird die Löhnung ausgezahlt. Die Eingabe ist an den Kompagnieführer zu machen unter Anführung der Notlage des Vermißten. 2. Wenn die Frau Kassenmitglied ist, an die Verwaltung der Ortskrankenkasse, wenn nicht, an den Lieferungsverband (Gemeindeverwaltung). 3. Nein. 4. Der staatliche Unterstützungssatz stimmt. Warum wird kein Antrag an die Gemeindeverwaltung um Zuschuß gestellt?

F. S. Wie oft sollen wir noch sagen, daß Aufwandsentschädigung erst beim vierten Sohne gezahlt wird, wenn drei Söhne vorher eine sechsjährige aktive Dienstzeit geleistet haben.

E. R., Homburg. Richten Sie Ihr Gesuch an die Stadtverwaltung. Wenn Ihr Sohn 3½ Jahre Schuhmacher gelernt hat, könnte er, wenn er sich eine richtige Arbeitsstelle sucht, wohl mehr wie 12 Mark in der Woche verdienen. Für solchen Hungerlohn arbeitet man heute nicht mehr.

F. K. B. In diesem Falle ist die Pension pfändbar.

Gerichtssaal.

Frankfurter Strafkammer.

Wohin so eilig? Am 8. Januar ließ ein Eisenbahngepäckträger seinen Handkarren, auf dem sich ein Korb mit Wäsche im Werte von 200 Mark befand, einen Augenblick an der Ecke der Neuen Kräme und Braubachstraße stehen, um in der Großen Sandgasse etwas zu besorgen. Als er sich einmal umdrehte, sah er, wie der fliegende Obst- und Gemüsehändler Lorenz Griesfeller mit dem Karren forttrabte in die Neugasse hinein. Griesfeller wurde sofort zum Stehen gebracht und muß nun für das kurze Vergnügen als rückfälliger Dieb auf ein Jahr in der Villa Preungesheim Aufenthalt nehmen.

Genossen! Werbt neue Abonnenten! Von heute ab bis zum Monatsschluß erhalten neugewonnene Abonnenten die „Volksstimme" gratis zugestellt.

Konsumverein für Wiesbaden u. Umg.
E. G. m. b. H.
Bureau und Zentrallager: Göbenstrasse 17. Telephon 490 und 6140.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Bückinge ..... Stück von **3** Pfg. an

Städt. Reis ..... per Pfund **60** Pfg.
(Höchstquantum 1 Pfund, gegen Vorzeigen der Brotkarte)

Ia Tafelreis ..... per Pfund **72** Pfg.
vom eigenen Lager (Höchstquantum 3 Pfund).

Prima bayerische **Landeier** Stück **16** Pfg.

Der Vorstand.

W1121

Kriegs-Abende
im großen Saale der Turngesellschaft, Schwalbacher Str. 8.
32. Abend:
Sonntag den 27. Februar, abends 8 Uhr.
Leitung: Herr Hauptmann d. L. Maurer.
Vortrag: Die Fürsorge für die Kriegsinvaliden.
Herr Dr. Kraus aus Frankfurt a. M.
Mitwirkende: Frau Geiße-Winkel (Gesang) und der Chor des Städt. Realgymnasiums (Leitung: Herr Professor Liedemann). W1119
Eintrittspreis 20 Pfg. (einschließlich Kleidergebühr).
Vorverkauf am Sonntag von 11—1 und von 2½—4 Uhr am Saaleingang.

Ihr eigener Schaden
ist es, wenn Sie bei den teueren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, **billig** einzukaufen.
Schuhhaus DEUSER
Wiesbaden, Bleichstrasse 5
neben Hotel Vater Rhein. 08050

Schuhwarenhaus.
Grosses Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen.
Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.
Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Städt. Butterverteilung.
Die Gültigkeit der „Gruppe 2" beginnt am 25. d. Mts. Das Ende der Gültigkeit kann noch nicht bestimmt werden, da infolge neuer gesetzlicher Bestimmungen wesentliche Beschränkungen in der Zuweisung der Buttermengen eintreten müssen.
Der Preis der Butter beträgt 2,72 Mark.
Wiesbaden, den 23. Februar 1916.
Der Magistrat.
W1120

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!
Jourdan, Wiesbaden,
Michelsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.
Alte Bezugsquelle, solide Schuhwaren zu billigsten Preisen zu kaufen.
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.